

Germany-Bonn: Feasibility study, advisory service, analysis

OJ S 157/2020 14/08/2020

Contract notice

Services

**Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

---

**Section I: Contracting authority**

**I.1. Name and addresses**

Official name: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Servicestelle Vergabe

Postal address: Robert-Schuman-Platz 1

Town: Bonn

NUTS code: DEA22 Bonn, Kreisfreie Stadt

Postal code: 53175

Country: Germany

E-mail: [servicestelle-vergabe@bmvi.bund.de](mailto:servicestelle-vergabe@bmvi.bund.de)

**Internet address(es):**

Main address: <http://www.bmvi.de>

**I.3. Communication**

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=344778>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=344778>

**I.4. Type of the contracting authority**

Ministry or any other national or federal authority, including their regional or local subdivisions

**I.5. Main activity**

Other activity: Verkehr und digitale Infrastruktur

---

**Section II: Object**

**II.1. Scope of the procurement**

**II.1.1. Title**

Verkehrsprognose 2035 – Teil 5: Binnenschifffahrtsprognose 2035

Reference number: 2023/WS10

**II.1.2. Main CPV code**

71241000 Feasibility study, advisory service, analysis

**II.1.3. Type of contract**

Services

**II.1.4. Short description**

Die Verkehrsprognose 2035 besteht aus. Teilprognosen, die untereinander eng verzahnt sind:  
— Teil 1: Bevölkerungsprognose 2035;

- Teil 2: Wirtschafts- und Verkehrsentwicklungsprognose 2035;
- Teil 3: Straßenverkehrsprognose 2035;
- Teil 4: Eisenbahnverkehrsprognose 2035;
- Teil 5: Binnenschifffahrtsprognose 2035.

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die „Binnenschifffahrtsprognose 2035“ (= Teil 5 der Verkehrsprognose 2035).

Die „Binnenschifffahrtsprognose 2035“ bezieht sich sowohl auf die Binnenschiffsverkehre (Güter- und Personenverkehr) und die Seeverkehre (seewärtige Güterverkehrs- und Personenverkehrsströme von und zu den deutschen Seehäfen einschließlich Nord-Ostsee-Kanal (NOK)) auf den See- und Binnenschifffahrtsstraßen.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

#### **II.1.5. Estimated total value**

#### **II.1.6. Information about lots**

This contract is divided into lots: no

### **II.2. Description**

#### **II.2.3. Place of performance**

NUTS code: DEA22 Bonn, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Die Leistungen sind am Sitz des AN zu erbringen.

Arbeitstreffen, Präsentationen o. ä. mit/bei dem AG finden am Dienstsitz in Berlin oder Bonn statt. Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

#### **II.2.4. Description of the procurement**

Gegenstand dieser Ausschreibung ist die „Binnenschifffahrtsprognose 2035“ (= Teil 5 der Verkehrsprognose 2035). Aufgabenstellung ist die Ermittlung der streckenabschnittsgenauen Verkehrsbelastungszahlen des Bundeswasserstraßennetzes für das Basisjahr 2017 und den Prognosehorizont 2035.

Die Binnenschifffahrtsprognose 2035 umfasst inhaltlich folgende Themenbereiche die der AN zu bearbeiten hat:

- Netzaufbereitung für das Analysejahr 2017 und Prognosehorizont 2035 für Güter- und Personenverkehr;
- Datenaufbereitung für die Modellierung des Analysejahrs 2017 für den Personenverkehr;
- Modellierung des Analysejahr 2017 für Güter- und Personenverkehr;
- Verkehrsnachfrageberechnung des Güter- und Personenverkehrs auf Bundeswasserstraßen für den Prognosehorizont 2035 (Umlegung);
- Vergleich der Verkehrsprognose 2035 mit den Umlegungen der Verkehrsprognose 2030 auf die Strecken des Bundeswasserstraßennetzes (nur Güterverkehr);
- Durchführung und Nachweis der Qualitätssicherung;
- Abstimmungen mit den AN der anderen Teile der Verkehrsprognose 2035;
- Dokumentation der Ergebnisse;
- weiterverarbeitbare Ergebnistabellen;
- kartografische (GIS-fähige) Karten;
- Schlussbericht;
- Methodenbericht.

Weiter ist der AN der Wirtschafts- und Verkehrsentwicklungsprognose 2035 (= Teil 2 der Verkehrsprognose 2035) bei der Erarbeitung seiner Teilprognosen zu unterstützen.

Die in der Wirtschafts- und Verkehrsentwicklungsprognose 2035 erarbeiteten Verkehrsverflechtungsmatrizen sollen als Basis für die Bedarfsplanüberprüfung auf das Bundeswasserstraßennetz umgelegt werden.

Dazu ist das Netzmodell Wasserstraße für das Analysejahr 2017 und für den Prognosehorizont 2035 aufzubereiten. Im „Analysenetz 2017“ sind alle wasserstraßenseitigen Infrastrukturen zu berücksichtigen, die im Jahr 2017 in Betrieb waren. Im „Prognosenetz 2035“ sind alle wasserseitigen Infrastrukturen zu berücksichtigen, die 2017 in Betrieb waren zuzüglich aller Infrastrukturmaßnahmen, die im Bedarfsplan Wasserstraße im vordringlichen Bedarf bzw. als laufende und neu zugeordnete Maßnahmen eingeordnet sind.

Die Umlegung ist differenziert nach Güterverkehr und nach Personenverkehr vorzunehmen.

Für den Personenverkehr wird die Differenzierung vom AG noch vorgegeben. Die Umlegungsrechnung ist für das Basisjahr 2017 und für das Prognosejahr 2035 – zunächst für einen Planfall (= Planfall 1 „Prognoseszenario 2035 Absehbarer Weg“ der

Verkehrsentwicklungsprognose 2035) durchzuführen. Dabei sind die unterschiedlichen Streckenmerkmale für das Analyse- und das Prognosenetz zugrunde zu legen.

Rückkopplungen etwaiger Abweichungen von den Ergebnissen der Wirtschafts- und Verkehrsentwicklungsprognose sind vorzunehmen. Die Arbeiten sind daher in enger Kooperation mit dem AG und dem AN der Wirtschafts- und Verkehrsentwicklungsprognose 2035 (Teil 2 der Verkehrsprognose 2035) abzusprechen sowie zu dokumentieren.

Des Weiteren sind Abstimmungen/Präsentationen mit dem AG und zusätzliche Präsentationen der Ergebnisse für Dritte am Dienstsitz des BMVI in Bonn oder Berlin vorgesehen.

Für die Leistungen ist ein Kostenrahmen in Höhe von 490 100,00 EUR vorgesehen.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

#### **II.2.5. Award criteria**

Criteria below

Quality criterion - Name: Leistungskonzept/Vorgehensweise/Methodik / Weighting: 40

Quality criterion - Name: Zeit- und Arbeitsplan/Personaleinsatzplanung / Weighting: 15

Quality criterion - Name: Qualitätssicherung / Weighting: 20

Price - Weighting: 25

#### **II.2.6. Estimated value**

#### **II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system**

End: 30/11/2023

This contract is subject to renewal: no

#### **II.2.10. Information about variants**

Variants will be accepted: no

#### **II.2.11. Information about options**

Options: yes

Description of options:

Die in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Bedarfspositionen werden im Einzelfall gesondert schriftlich beauftragt. Ein Rechtsanspruch zur Beauftragung besteht nicht.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

#### **II.2.13. Information about European Union funds**

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:

no

#### **II.2.14. Additional information**

Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit gem. § 14 des Vertrages:

1. Der AG ist berechtigt, ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens eine neue Vergütungsobergrenze nach den folgenden Bestimmungen festzusetzen.

a) Der Auftrag kann aus sachlichen, technischen, rechtlichen oder personellen Gründen nicht ohne Mehrbedarf ordnungsgemäß und vollständig erbracht werden und erfordert eine Änderung der Vergütungsobergrenze gem. § 9 Abs. 8 dieses Vertrages.

b) Die Gründe sind nachvollziehbar durch den AN zu dokumentieren und durch den AG gegenzuzeichnen. Sie können insbesondere vorliegen, wenn nach Vertragsschluss Umstände eingetreten sind, die einen höheren als den ursprünglich erwarteten Aufwand verursacht haben oder verursachen werden und diese Umstände keinem Vertragspartner zuzurechnen sind.

c) Die Ermittlung des Mehrbedarfes erfolgt unter angemessener Berücksichtigung der seit Vertragsbeginn für eine ordnungsgemäße Leistungserbringung erforderlich gewordenen Aufwände (Reise-, Personalkosten) und einer zwischen den Vertragspartnern abgestimmten realistischen Prognose des für eine mangelfreie Erfüllung voraussichtlich noch erforderlichen Mehrbedarfes. Die Höhe der neuen (angepassten) Vergütungsobergrenze wird aufgrund des so ermittelten Mehrbedarfs und der im Preisblatt angebotenen Pauschalpreise und Stundensätze festgesetzt.

d) Auf die Höhe der Pauschalpreise gem. § 9 Abs. finden diese Regelungen keine Anwendung.

e) Im Übrigen gilt für die Anpassung der Vergütungsobergrenze das Schriftformerfordernis des § 16 Abs. (4) dieses Vertrages.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

## **Section III: Legal, economic, financial and technical information**

---

### **III.1. Conditions for participation**

#### **III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers**

List and brief description of conditions:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen, Nachweise) vorzulegen:

a) Der Bieter bzw. Bewerber hat mittels des Formblattes F1 – „Erklärung zum Unternehmen“ (Eigenerklärung) zu versichern, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB (siehe z.B. [https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/\\_123.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_123.html) und [https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/\\_124.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_124.html)) vorliegen.

b) Ist beabsichtigt, die Leistung gemeinschaftlich in Form einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft zu erbringen, so hat jedes Mitglied die vorgenannten Unterlagen vorzulegen; darüber hinaus sind im Formblatt F-BS auch Angaben zur Bewerber-/Bieterstruktur zu machen.

c) Verpflichtet der Bieter für die Leistungserbringung Unterauftragnehmer, so hat auch jeder benannte Unterauftragnehmer - die unter a) genannten Unterlagen sowie eine entsprechende Verpflichtungserklärung (Eigenerklärung) vorzulegen. Die Unterauftragnehmer sind namentlich mit ihren zu leistenden Aufgaben im Formblatt F-UA „Verzeichnis der benannten Unternehmen /Unterauftragnehmer" anzuführen.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

#### **III.1.2. Economic and financial standing**

List and brief description of selection criteria:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen vorzulegen:

EK 2:

Nachweis einer Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung durch Abgabe einer Eigenerklärung des Bewerbers (im Falle der Eignungsleihe des hierfür benannten anderen Unternehmens), dass eine entsprechende Versicherung besteht, abgeschlossen wird und diese während der gesamten Vertragslaufzeit aufrecht erhalten wird. (Formblatt F2.).

Sofern zur Erfüllung der Eignungsanforderungen auf ein anderes Unternehmens zurückgegriffen wird (Eignungsleihe gem. § 47 VgV), sind auch die geforderten Nachweise des anderen Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. In diesem Fall hat das andere Unternehmen darüber hinaus auch eine entsprechende Verpflichtungserklärung vorzulegen.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Zu EK 2:

Die Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung hat mindestens die nachstehenden Schäden mit folgenden Mindestversicherungssummen abzudecken:

- für Personen- und Sachschäden mindestens 3 000 000,00 EUR pauschal je Schadensfall;
- für Vermögensschäden mindestens 100 000 EUR je Schadensfall.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

### **III.1.3. Technical and professional ability**

List and brief description of selection criteria:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen vorzulegen:

Sofern zur Erfüllung der Eignungsanforderungen auf ein anderes Unternehmens zurückgegriffen wird, sind auch die geforderten Nachweise des benannten Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Das benannte Unternehmen hat darüber hinaus, eine entsprechende Verpflichtungserklärung vorzulegen. (Eignungsleihe gem. § 47 VgV)

EK 3:

Geeignete Referenzen über früher ausgeführte Aufträge der in den letzten 10 Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen, die mit Bezug auf die ausgeschriebenen Leistungen, Aufschluss über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers geben.

Bereich/Themenschwerpunkt:

- Umlegung von Verkehrsprognosen auf die Netze der Verkehrsträger.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Zu EK 3: Gefordert werden vergleichbare Referenzen, d. h. Leistungen, die dem Auftragsgegenstand nahekommen oder ähneln und in Umfang, Komplexität (Vielschichtigkeit) und Schwierigkeitsgrad den ausgeschriebenen Leistungen entsprechen.

Dabei gelten zusätzlich folgende Mindestanforderungen an die anzugebenden Referenzen:

Es ist mindestens jeweils 1 Referenzprojekt nachzuweisen, mit denen Erfahrungen im Bereich von:

- Umlegung von Verkehrsprognosen auf das Wasserstraßennetz;
- BVWP Bewertungsmethodik Güterverkehr im Bereich der Wasserstraße oder
- BVWP Bewertungsmethodik Personenverkehr im Bereich der Wasserstraße;
- Erfassung und Aufbereitung von Daten des Personenverkehrs belegt/nachgewiesen werden.

Die Einzelheiten sind den elektronisch bereitgestellten Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

## **III.2. Conditions related to the contract**

### **III.2.3.**

## **Information about staff responsible for the performance of the contract**

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

### **Section IV: Procedure**

---

#### **IV.1. Description**

##### **IV.1.1. Type of procedure**

Competitive procedure with negotiation

##### **IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system**

##### **IV.1.5. Information about negotiation**

##### **IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)**

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

#### **IV.2. Administrative information**

##### **IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate**

Date: 14/09/2020 Local time: 10:00

##### **IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates**

##### **IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted**

German

### **Section VI: Complementary information**

---

#### **VI.1. Information about recurrence**

This is a recurrent procurement: no

#### **VI.2. Information about electronic workflows**

Electronic invoicing will be accepted

Electronic payment will be used

#### **VI.3. Additional information**

1. Die Vergabe erfolgt als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV. Im Rahmen dieser Bekanntmachung wird zunächst zur Abgabe eines Teilnahmeantrages aufgefordert. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbes werden die geeigneten Bewerber zur Abgabe eines Erstantgebotes aufgefordert.

Angebote (Angaben zur Leistungsausführung, Preiskalkulationen o. ä.) sind im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs nicht vorzulegen (s. Bewerbungsbedingungen)

2. Das Vergabeverfahren wird elektronisch über die E-Vergabepattform des BMI [www.evergabe-online.de](http://www.evergabe-online.de) durchgeführt. Die Bereitstellung von Teilnahme- Vergabeunterlagen sowie die Kommunikation zwischen Bewerbern/Bietern und der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die E-Vergabe-Plattform. Informationen über die E-Vergabe und die technischen Voraussetzungen für deren Nutzung erhalten Sie unter [www.evergabe-online.info](http://www.evergabe-online.info).

3. Fragen der Bewerber sind über die E-Vergabe-Plattform des BMI (als registrierter Nutzer) rechtzeitig vor Ablauf der Bewerbungsfrist zu stellen. Es werden ausschließlich Fragen beantwortet, die für die Erstellung des Teilnahmeantrages erforderlich sind. Es erfolgt keine

Beantwortung von inhaltlichen Fragen zur Leistungsbeschreibung, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit den Eignungsanforderungen stehen. Die Antworten werden zeitnah erarbeitet und über die E-Vergabe-Plattform des BMI an alle Bewerber versendet.

4. Nur die Bewerber, die die Eignungsanforderungen erfüllen, sind teilnahmeberechtigt und werden in der Verhandlung berücksichtigt. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich in der 51. KW 2020 statt.(Angabe ohne Gewähr)

Aufgrund der aktuellen Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (Covid-19/SARS-CoV-2), kann das in den Bewerbungsbedingungen beschriebene Verhandlungsverfahren mit mündlichen Verhandlungsgesprächen eventuell nicht wie geplant stattfinden.

Es wird daher die Möglichkeit schriftlicher Verhandlungen oder ggf. anderer Kommunikationsformen erwogen, um im Falle der Verlängerung der geltenden Maßnahmen den Fortgang des Verfahrens nicht zu beeinträchtigen.

#### **VI.4. Procedures for review**

##### **VI.4.1. Review body**

Official name: Bundeskartellamt - Vergabekammer des Bundes

Postal address: Villemombler Str. 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

Telephone: +49 228-94990

Fax: +49 228-9499163

##### **VI.4.3. Review procedure**

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Die Vergabestelle weist ausdrücklich auf die Rügeobliegenheiten der Unternehmen/Bewerber /Bieter sowie auf die Präklusionsregelungen gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis Nr. 4 GWB (siehe z.B.: [https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/\\_160.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_160.html)) hinsichtlich der Behauptung von Verstößen gegen die Bestimmungen über das Vergabeverfahren hin.

§ 160 GWB lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.  
Die Vergabestelle wird gemäß § 134 GWB (siehe z.B.: [https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/\\_134.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_134.html)) die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, hiervon vor Zuschlagserteilung nach Maßgabe des §134 Abs. 1 GWB informieren. Bei schriftlicher Information darf der Vertrag erst 15 Kalendertage, bei Information auf elektronischem Weg oder per Fax erst 10 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen werden (§ 134 Abs. 2 S. 1 und S. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an (§ 134 Abs. 2 S. 3 GWB).

**VI.5. Date of dispatch of this notice**

10/08/2020